

Beschlüsse der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

11. bis 13. September 2015 in Potsdam

Übersicht der Beschlüsse und Resolutionen:

1. Beschluss Zuflucht, Unterstützung und Empowerment für weibliche Flüchtlinge
2. Beschluss Mutterschutz bei der Rente mit 63 berücksichtigen
3. Beschluss Reform des Sexualstrafrechts: Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie Anpassung des Strafmaßes bei sexualisierter Gewalt an widerstandsunfähigen Frauen
4. Beschluss wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung, dauerhafte Lösung des Haftpflichtproblems der freiberuflichen Hebammen und Sicherstellung der flächendeckenden geburtshilflichen Nachsorge
5. Beschluss Unterhaltsvorschuss für über 12-jährige Kinder
6. Beschluss Geschlechtergerechte Umverteilung von Arbeit - kurze Vollzeit für alle
7. Beschluss Aufwertung frauendominierter Berufe
8. Beschluss Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellen und auf beide Geschlechter verteilen
9. Beschluss Aufnahme von Inhalten in die Rahmenlehrpläne ab der achten Klasse, die sich mit dem Zusammenhang von Schulabschluss, Beruf und Karriereplanung, Einkommen und Vermögen sowie Alterseinkünften auseinandersetzen
10. Beschluss Einführung von Quoten auch in allen Unternehmen mittlerer Größe sowie auf allen Unternehmensebenen
11. Beschluss Verbindliche Einführung transparenter Bewertungsverfahren und Vergütungsstrukturen in Unternehmen mit jährlicher bundesweiter Veröffentlichung von Lohneinkünften nach Funktionsgruppen sowie der Alterseinkünfte
12. Beschluss Etablierung von Hilfe und Unterstützung von Gewalt mit-betroffener Kinder und Jugendlicher
13. Beschluss Adäquate positive Maßnahmen für in der DDR geschiedene Frauen
14. Beschluss Unterbringung von geflüchteten Frauen und Kindern
15. Resolution zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Landesregierungen und Landtage, kommunale Spitzenverbände auf Bundes- und Landesebene sowie alle in der Flüchtlingshilfe engagierten Hilfsorganisationen

Thema:

Zuflucht, Unterstützung und Empowerment für weibliche Flüchtlinge

Die Konferenz der Landesfrauenräte 2015 fordert die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, die Landesregierungen und Landtage, die kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und Landesebene sowie alle in der Flüchtlingshilfe engagierten Hilfsorganisationen auf, in Umsetzung des Gebotes der Humanität und der völkerrechtlichen Verpflichtungen bei der Entwicklung einer Willkommenskultur und -struktur den besonderen Belangen weiblicher Flüchtlinge ausdrücklich Rechnung zu tragen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundestag

Thema:

Mutterschutz bei der Rente mit 63 berücksichtigen

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert, bei der Rente mit 63 auch die Zeiten des Mutterschutzes vor der Geburt anzurechnen und das Sozialgesetzbuch (SGB VI) Sechstes Buch - Gesetzliche Rentenversicherung - entsprechend zu ändern.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundestag, Landesregierungen, Bundesjustizministerium

Thema:

Reform des Sexualstrafrechts: Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie Anpassung des Strafmaßes bei sexualisierter Gewalt an widerstandsunfähigen Frauen

Neufassung der §§ 174ff Strafgesetzbuch (StGB), insbesondere § 177 unter Beachtung der Istanbul Konvention sowie Anpassung des Strafmaßes bei sexualisierter Gewalt an widerstandsunfähigen weiblichen Personen nach § 179 StGB. Die Gesetzgebenden sollen dabei das besondere Augenmerk darauf richten, dass bei der Reformierung des sogenannten Vergewaltigungsparagrafen (§ 177 StGB) nicht nur mögliche Sicherheitslücken geschlossen werden, sondern auch „nicht einverständliche sexuelle Handlungen“ voraussetzungsfrei unter Strafe gestellt werden.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung und Deutscher Bundestag, Landesregierungen und Senate sowie die Parlamente der Bundesländer, GKV-Spitzenverband, Berufshaftpflichtversichernden, Bund der freiberuflichen Hebammen (BfHD) und Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)

Thema:

Geschlechtergerecht handeln:

Für eine wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung, eine dauerhafte Lösung des Haftpflichtproblems der freiberuflichen Hebammen und eine Sicherstellung der flächendeckenden geburtshilflichen Nachsorge

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert:

- **den besonderen Schutz von Vorgängen um Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge als Teil der Daseinsvorsorge.**
- **die Erhaltung der Wahlfreiheit von Frauen über die Art und Weise sowie den Ort der Geburt, welche rechtlich garantiert sind, damit eine strukturelle Diskriminierung von Frauen im Gesundheitswesen ausgeschlossen wird.**
- **ein verbindliches Gesetz, das Frauen garantiert, in einer Geburtsstation entbinden zu können, die maximal 30 km bzw. 30 Minuten vom Wohnort entfernt ist. Aktuelle Verfahren, wie z.B. die Unterbringung von Frauen in der Nähe von Geburtskliniken („Boarding-Konzept“) müssen zeitnah evaluiert und ggf. müssen neue geschlechtergerechte Lösungsansätze entwickelt werden.**
- **Im Konkreten: bis zum Jahresende unter Beteiligung des GKV-Spitzenverbands, der Berufshaftpflichtversichernden sowie der Hebammenverbände ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und umzusetzen, dass die Erfüllung der folgenden Forderungen sicher stellt:**
 - **Freiberuflichkeit der Hebammen**
 - **Bezahlung des Sicherstellungszuschlages**
 - **Lösung der Berufshaftpflichtproblematik für alle freiberuflichen Hebammen**
 - **Änderungen der Ausschlusskriterien für die Finanzierung der Hausgeburten durch die GKV**
 - **Einrichtung eines runden Tisches in jedem Bundesland für die natürliche Geburt**
 - **Freie Wahl des Geburtsortes**
 - **Flächendeckende Versorgung von Schwangeren und Müttern mit Hebammenhilfe**
 - **Höhere Vergütung der Hebammen im angestellten und freiberuflichen Bereich mit Entkopplung vom Beitragsbemessungsgesetz, die es ihnen ermöglicht, eine eigene Altersvorsorge aufzubauen**

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundestag und seine Fraktionen

Thema:

Unterhaltsvorschuss für über 12-jährige Kinder

Die Bundesregierung, der Bundestag und seine Fraktionen werden aufgefordert, die derzeitige Regelung im Unterhaltsvorschussgesetz, nach der für über 12jährige Kinder – unabhängig vom Einkommen alleinerziehender Eltern – keinerlei Unterhaltsvorschuss gezahlt wird, dahingehend zu ändern, dass Alleinerziehende mit Kindern über 12 Jahren einen angemessenen Unterhaltsvorschuss erhalten.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundestag und seine Fraktionen, Unternehmensverbände und DGB

Thema:

Geschlechtergerechte Umverteilung von Arbeit - kurze Vollzeit für alle

Der Bundestag und seine Fraktionen, die Bundesregierung, BDA (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände), BDI (Bund Deutscher Industrie), DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag), DHWK (Deutscher Handwerkskammertag) und der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) mit seinen Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, sich für die Einrichtung von Arbeitsplätzen mit kurzer Vollzeit (um die 30 Wochenstunden) einzusetzen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Gesundheit, Landesregierungen und zuständige Landesministerien

Thema:

Aufwertung frauendominierter Berufe

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Neubewertung aller von Frauen dominierten Berufsgruppen nach Grad der Verantwortung, der körperlichen und psychischen Belastung und der gesellschaftlichen Brisanz.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Landesregierungen

Thema:

Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellen und auf beide Geschlechter verteilen

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf:

- **Gesetze zu initiieren oder zu verändern, die eine Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit auf alle Geschlechter zum Ziel hat, das betrifft die Kinderbetreuung, Betreuung von Kranken und Pflegebedürftigen, Betreuung von Älteren.**
- **sich dafür einzusetzen, dass das familienbasierte Pflegesystem durch ein servicebasiertes Pflegesystem ersetzt wird.**
- **zu prüfen, ob nicht nach dem Vorbild der nordischen Staaten die Leistung der kommunalen Care-Ökonomie in Gesetzen über Gesundheitsdienste und soziale Dienste geregelt werden sollten, die – am individuellen Lebensverlauf der BürgerInnen orientiert – tendenziell das gesamte Spektrum gesundheitsorientierter und sozialer Dienste umfassen. Dabei muss die formelle Pflege Priorität haben.**
- **sich weiterhin für eine neue Pflegeausbildung einzusetzen, damit die Qualität der Pflege und die Qualifikation des Pflegepersonals gesteigert werden kann.**
- **sich für das Prinzip der Kostenfreiheit einzusetzen. Die Finanzierung muss aus Steuermitteln erfolgen und über ein Finanzausgleichssystem den Kommunen zugeteilt werden. Die Leistungen sind in Gesetzen zu verankern.**
- **Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung von Menschen, die professionell sorgen, sich verbessern, so dass Sorge zugewandt und ohne Zeittaktungsdruck geschehen kann.**
- **sich für eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle bei finanzieller, existenzsichernder Absicherung einzusetzen, damit mehr Zeit für Sorgearbeit/Care und nachhaltiges Handeln bleibt.**
- **eine Imagekampagne zu initiieren, in der die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Sorgearbeit herausgestellt und deutlich gemacht wird, dass alle Geschlechter für Sorgearbeit Verantwortung zu tragen haben, unsere Gesellschaft ohne Sorgearbeit zusammenbrechen würde und Sorgearbeit nicht zum Nulltarif zu haben ist.**

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Landesregierungen

Thema:

Aufnahme von Inhalten in die Rahmenlehrpläne ab der achten Klasse, die sich mit dem Zusammenhang von Schulabschluss, Beruf und Karriereplanung, Einkommen und Vermögen sowie Alterseinkünften auseinandersetzen

Die KLFR fordert die Landesregierungen auf, dass in die vorschulischen und schulischen Rahmenlehrpläne der Erwerb von Genderkompetenz aufgenommen wird, unter besonderer Berücksichtigung von Inhalten, die sich mit dem Zusammenhang von Schulabschluss, Beruf und Karriereplanung, Einkommen und Vermögen sowie Alterseinkünften auseinandersetzen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Deutscher Bundestag

Thema:

Einführung von Quoten auch in allen Unternehmen mittlerer Größe sowie auf allen Unternehmensebenen

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung und den deutschen Bundestag auf, die Erhöhung der Anteile von Frauen in Führungspositionen durch die Einführung von Quoten auch in allen Unternehmen mittlerer Größe sowie auf allen Unternehmensebenen zu beschließen analog zum Gesetz der gleichberechtigten Teilhabe.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Deutscher Bundestag

Thema:

Verbindliche Einführung transparenter Bewertungsverfahren und Vergütungsstrukturen in Unternehmen mit jährlicher bundesweiter Veröffentlichung von Lohneinkünften nach Funktionsgruppen sowie der Alterseinkünfte

Die KLFR fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, transparente Bewertungsverfahren und Vergütungsstrukturen in Unternehmen mit jährlicher bundesweiter Veröffentlichung von Lohneinkünften nach Funktionsgruppen sowie der Alterseinkünfte verbindlich einzuführen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Landesregierungen

Thema:

Etablierung von Hilfe und Unterstützung von Gewalt mit-betroffener Kinder und Jugendlicher

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und die Landesregierungen auf, sich für die dringend notwendige Etablierung von Hilfe und Unterstützung von Gewalt mit-betroffener Kinder und Jugendlicher einzusetzen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Bundesrat, Landesregierungen

Thema:

Adäquate positive Maßnahmen für in der DDR geschiedene Frauen

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Landesregierungen auf, sich für die Umsetzung der Forderung der in der DDR geschiedenen Frauen nach adäquaten positiven Maßnahmen einzusetzen.

Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Landesfrauenräte bundesweit

Thema:

Unterbringung von geflüchteten Frauen und Kindern

Jeder Landesfrauenrat möge in seinem jeweiligen Bundesland darauf hinwirken, dass die Unterbringung, insbesondere der geflüchteten Frauen und Kinder unter Berücksichtigung der zwei folgenden Konzepte zur Gewaltprävention in Flüchtlingsunterkünften gewährleistet wird: Zum einen eine Arbeitshilfe mit *„Empfehlungen an ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“* vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) und zum anderen das Policy Paper *„Effektiver Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt – auch in Flüchtlingsunterkünften“* des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Resolution der Konferenz der Landesfrauenräte 2015

AdressatInnen:

Bundesregierung, Bundestag, Landesregierung

Thema:

Resolution zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen

Die gesetzliche Rente muss ein würdiges Leben im Alter ermöglichen und nicht nur Altersarmut verhindern. Deshalb fordert die Konferenz der Landesfrauenräte:

- **Verlässliche Rahmenbedingungen, um die solidarische, gesetzliche Rentenversicherung zu stärken;**
- **höhere, steuerfinanzierte Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten;**
- **Gleichstellung aller Erziehenden in der gesetzlichen Rentenversicherung;**
- **Anhebung des Rentenniveaus;**
- **Ermöglichung flexibler Arbeitszeitmodelle, die eine partnerschaftliche Arbeitsteilung und Freiraum für Care-Arbeit zulassen;**
- **Verhinderung von prekärer Beschäftigung und Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Bezahlung;**
- **bereits in der Schule Vermittlung des Wissens, dass nur wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ausreichender Alterssicherung führen kann.**

Darüber hinaus müssen Geschlechterstereotypen aufgebrochen und mehr Möglichkeiten für die partnerschaftliche Aufgabenteilung geschaffen werden.